

30. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Frühlingssession 2019



-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

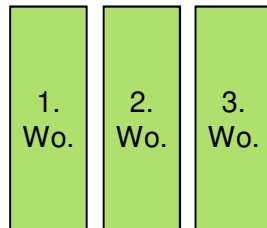
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten

In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Frühlingsession und andere wichtige politische Entwicklungen

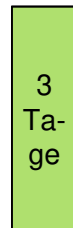
Frühlingsession

4. – 22.
März 2019



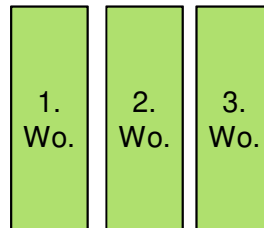
Sondersession

7. – 9.
Mai 2019



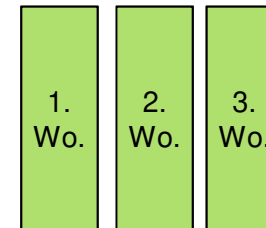
Sommersession

3. – 21.
Juni 2019



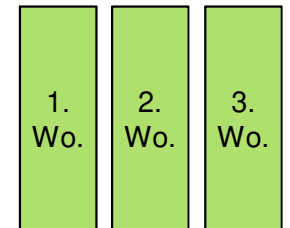
Herbstsession

9. – 27.
September 2019



Wintersession

2. – 20.
Dezember 2019



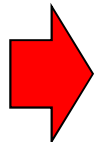
Kommissions-
sitzungen

Kommissions-
sitzungen

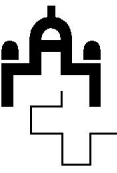
Kommissions-
sitzungen

Kommissions-
sitzungen

Jan. Feb. März April Mai Juni Juli Aug. Sept. Okt. Nov. Dez. →

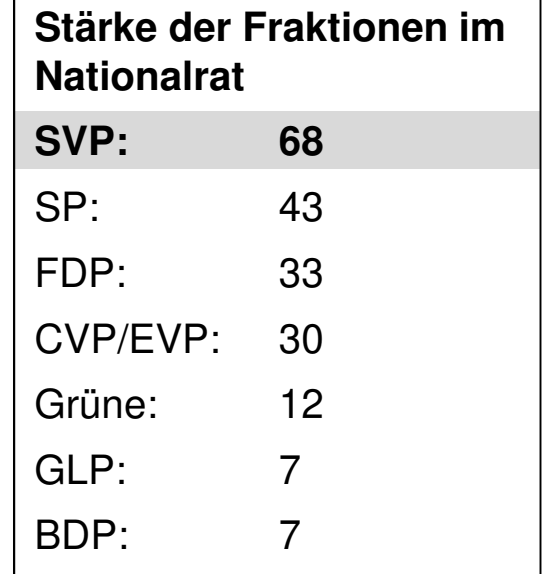


Zusätzlich zu den Sessionen und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt.



Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen





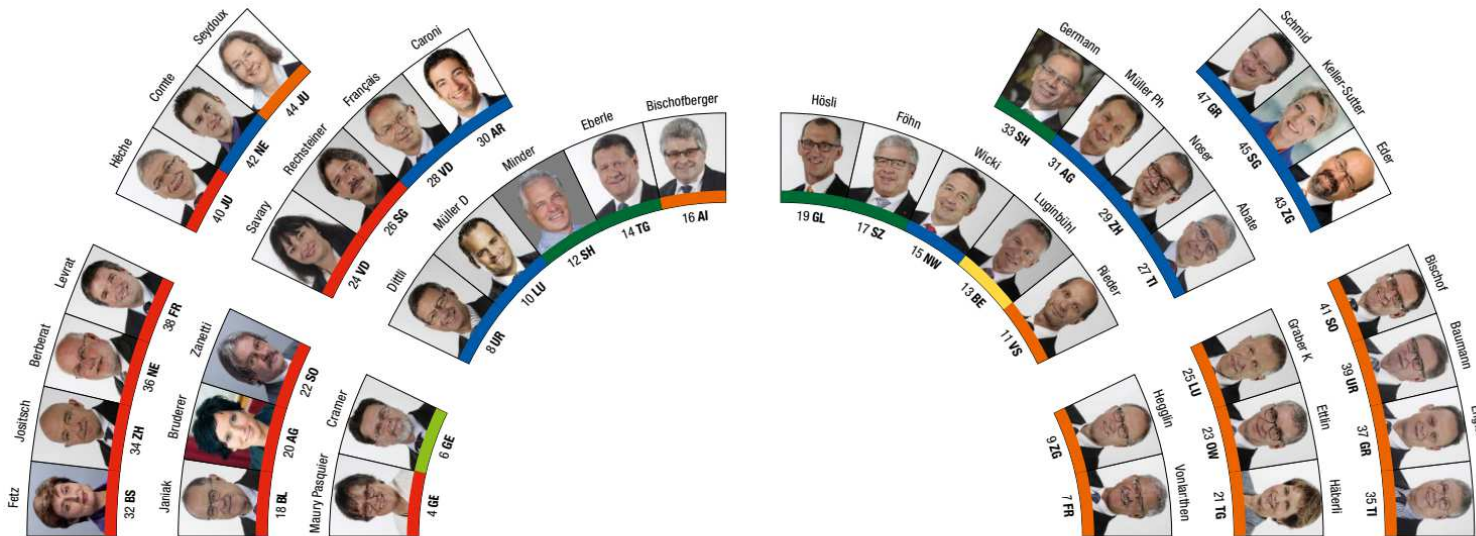
8 Stimmenzähler

Präsidentin (SP)

1. Vizepräsidentin (FDP)

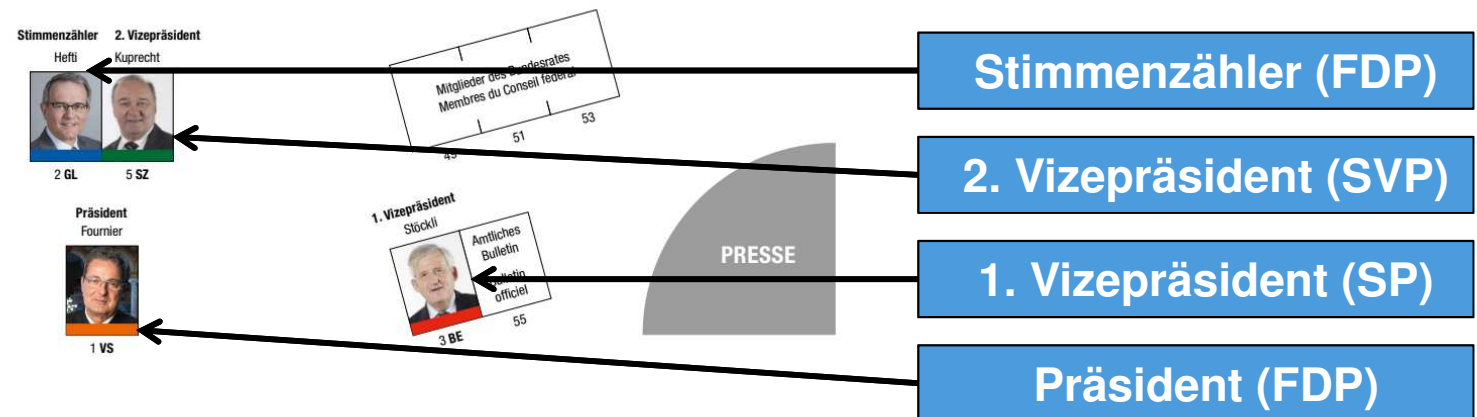
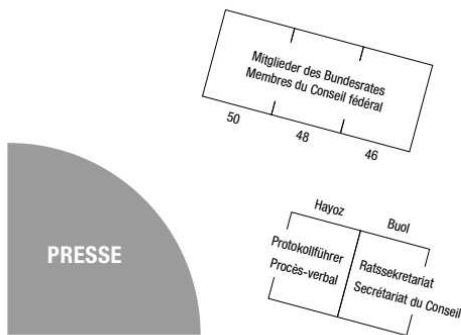
2. Vizepräsident (SVP)

Der Ständerat wird durch eine Vertreterin der CVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die SP und die SVP



Stärke der Fraktionen im Ständerat

FDP:	13
CVP/EVP:	13
SP:	12
SVP:	6
Grüne:	1
BDP:	1
GLP:	0



1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

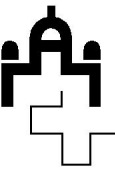
2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

3. Besuch im Bundeshaus

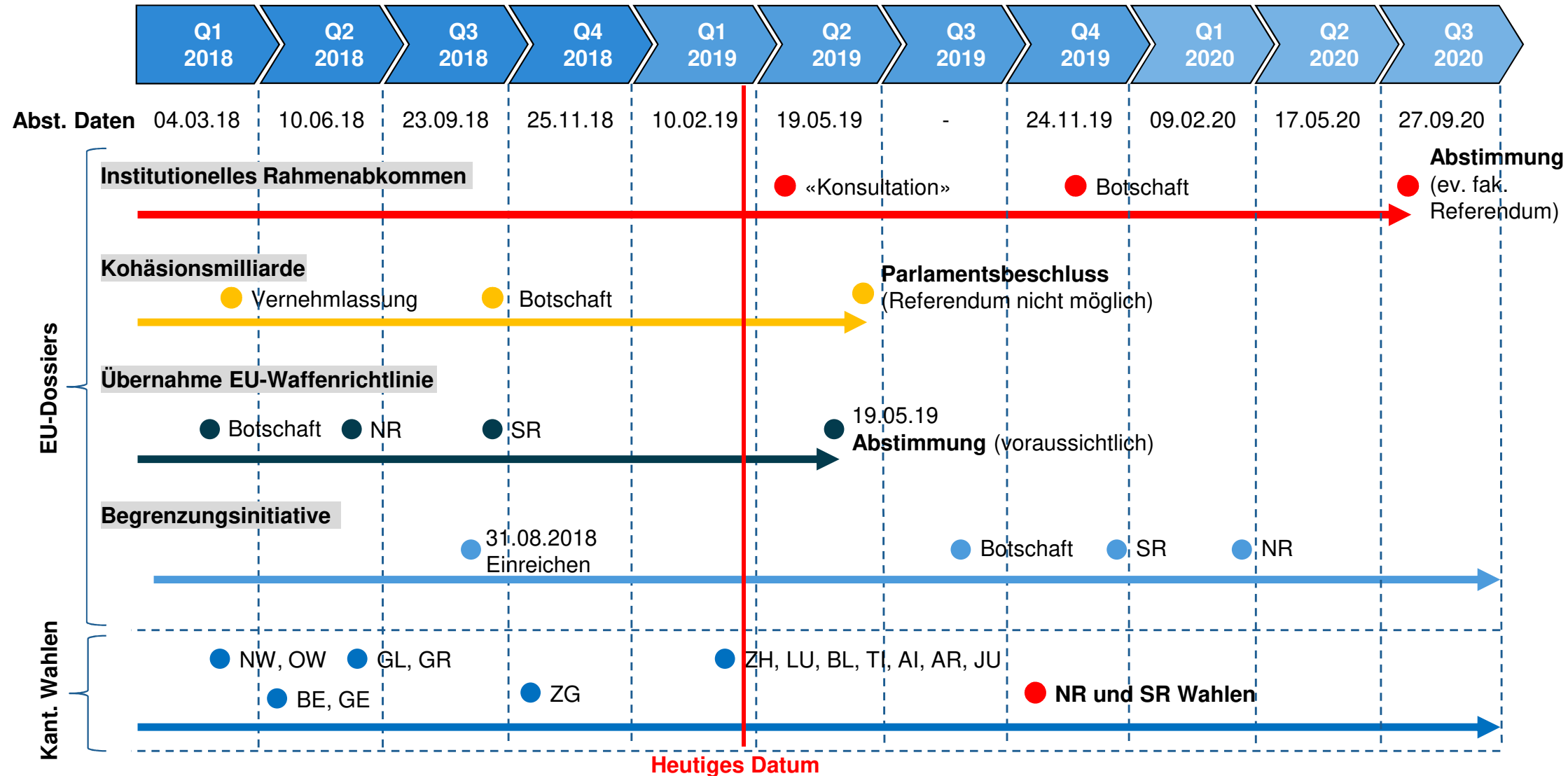
4. Aktualitäten

Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Frühlingssession und werden nachfolgend vertieft behandelt

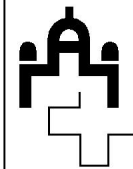
- 1 Schweiz-EU: Institutionelles Rahmenabkommen (InstA)
- 2 Schweiz-EU: Kohäsionsmilliarde
- 3 Schweiz-EU: Begrenzungsinitiative
- 4 Kantonale Wahlen
- 5 Diverse weitere Geschäfte, u.a.
 - Terroristen müssen ausgewiesen werden
 - Schweizer KMU haben bei Ausschreibungen weiterhin das Nachsehen
 - Alle Familien, auch jene die ihre Kinder selbst betreuen, sollen von höherem Steuerabzug profitieren
 - Höhere Steuerabzüge für Krankenkassenprämien



Neben dem institutionellen Rahmenabkommen stehen im EU-Dossier in den nächsten Quartalen wichtige Entscheidungen an



Bemerkung: Zeitplan nicht bestätigt
Quelle: www.admin.ch; weitere Webseiten



ACCORD FACILITANT LES RELATIONS BILATÉRALES ENTRE L'UNION EUROPÉENNE ET LA CONFÉDÉRATION SUISSE DANS LES PARTIES DU MARCHÉ INTÉRIEUR AUXQUELLES LA SUISSE PARTICIPE

L'UNION EUROPÉENNE,

d'une part, et

LA CONFÉDÉRATION SUISSE, ci-après dénommée la Suisse

d'autre part,

ci-après dénommées les «PARTIES CONTRACTANTES»,

RÉAFFIRMANT la grande priorité qu'elles attachent aux relations privilégiées, fondées sur leur proximité, leurs valeurs communes et leur identité européenne, qui lient l'Union européenne, ses États membres et la Suisse,

CONSIDÉRANT que l'Union européenne et la Suisse sont liées par de nombreux accords bilatéraux couvrant divers domaines et prévoyant des droits et des obligations spécifiques, analogues, à certains égards, à ceux prévus pour l'Union européenne;

RAPPELANT que l'objectif de ces accords bilatéraux est de resserrer les liens économiques entre l'Union européenne et la Suisse, reposant sur l'égalité, la réciprocité et l'équilibre général des avantages, des droits et obligations des parties contractantes;

FDP-Spitze fordert Nägel mit Köpfen beim Rahmenabkommen

Der Bundesrat soll unterschreiben!

EU-Vertrag: SP-Bundesrichter warnt vor Schiedsgericht

Für Andreas Zünd wäre das Bundesgericht mit dem Rahmenabkommen nicht mehr letzte Instanz

VON DTHM

Das Rahm
Schweiz
gericht
zum Star
richter A
Gastbeit
Abkomm
ne Bed
richt fü
aussert

Ein Professor sagt Nein

dazu, was das Rahmenabkommen für das oberste Gericht der Schweiz bedeuten würde. Die Refürthun-

schreibt Andreas Zünd. Mit dem Rahmenabkommen ändere sich dies. Sei die EU mit einem Entscheid des Bundesge-

stitutionellen Abkommen «die Rechtsstaatlichkeit der Entscheidungen des Bundesgerichts». Für Bundesrichter Zünd gibt es einen Ausweg. Für die Rechtsanwendung brauche es das Schiedsgericht nicht, betont er.

schten Ausschüsse Schweiz- nun zum Politikum. SVP- Chef Thomas Aeschi will in- pellation wissen, wer ihnen hört. Seite 20



«Unhaltbare Behauptungen»: Carl Baudenbacher in der öffentlichen Anhörung zum Rahmenab-

Wirtschaftsförderung Bund und Kantone streiten sich darüber, wie das Rahmenabkommen in Bezug auf die staatlichen Beihilfen interpretiert werden muss. Die Lachende Dritte ist dabei die SVP.

Economiesuisse-Präsident Heinz Karrer sieht keine Alternative zum Rahmenabkommen

«Die Gewerkschaften sollten nicht zu hoch pokern»

Draussen regnet es in Strömen, als Economie- suisse-Präsident Heinz Karrer (59) in Zürich BLICK zum Interview empfängt. Er wirkt gut gelaunt – trotz der ge- wichtigen Dossiers, welche die Wirtschaft derzeit beschäfti- gen.

BLICK Herr Karrer, am Freitag haben Zehntausende Schüler für mehr Klimaschutz demonstriert. Was halten Sie davon?

Heinz Karrer: Die Streiks zeigen, dass sich die Jungen für Politik interessieren. Das ist begrüß- senswert. Sie haben eine Debatte losgetreten, weil sie sich ernsthaft Sorgen um die Zukunft machen. Darauf muss sich die Wirtschaft einlassen.

Das sagen Sie jetzt angesichts des Hypes. In einem halben Jahr ist das wieder vergessen. Der menschengemachte Klima-

festhalten und noch vor den Sommerferien Klarheit schaf- fen.

Selbst mit Präzisierungen liefern wir uns im Streitfall der EU aus.

Das werden wir erst sehen, wenn es einen konkreten Streit- fall gibt. Ein gewisses Ri- siko ist immer damit verbunden – übrigens für beide Seiten. Die Wirtschaft hat aber keine bessere Op- tion. Ohne neues Abkommen erodiert der bilaterale Weg, und in anderen Berei- chen – wie bei der Bör- sengleichbehandlung – werden wir von der EU gepiesackt.

Das EU-Abkommen hat nur eine Chance, wenn Sie Linke und Gewer- schaften mit im Boot



Economiesuisse-Präsident Heinz Karrer: «Ohne neues Abkommen erodiert der bilaterale Weg, und in anderen Bereichen – wie bei der Börsengleichbehandlung – werden wir von der EU gepiesackt.»

Chancen für EU-Deal

SVP verweigert sich dem InstA, SP fährt Slalom. **PETER MOR**

1 Schweiz-EU: InstA

Parallelen zwischen EWR- und Rahmenabkommen

Von Silvio Borner



Die Diskussion um das Rahmenabkommen erinnert mich stark an den Anfang der 90er-Jahre, wo ich für den EWR war, weil es primär um den Binnenmarkt ging

Eine für die Abstimmung irrelevante Alternative, der EU-Beitritt, hat den EWR scheitern lassen, weil viele EWR-Befürworter inklusive ich selber jetzt dagegen stimmten.

Die Beitrittsoption kommt auch beim Rahmenabkommen ins Spiel, aber wird nicht so offen wie damals beim EWR debattiert. Der EU-Beitritt bleibt für Befürworter wie Gegner ein Argument im Hinterkopf und verzerrt so auch diese

Brisanter Plan von Emmanuel Macron

EU-Asylbehörde soll Schweiz entmachten!

«Einheitliche Regeln»
«Gemeinsame Grenzpolizei»
«Europäische Asylbehörde»

Frankreichs Präsident fordert Totalumbau des Schengen-Raums. Die Schweiz müsste kuschen



«Die SP soll zuerst intern aufräumen»

Parteien FDP-Präsidentin Petra Gössi attackiert SP-Präsident Christian Levrat und verteidigt das «Ja mit Vernunft» zum Rahmenabkommen mit der EU. In der Klimapolitik will sie ihren eingeschlagenen Weg trotz Kritik fortsetzen.

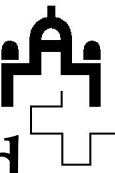
Auf diese schiefe Bahn dürfen wir nicht geraten



Dürften Totschläger aus der EU in der Schweiz bleiben?

BERN. Übernahme die Schweiz die Unionsbürgerrichtlinie, erschwerte die Ausschaffung krimineller EU-Bürger. Das zeigt ein Fall aus England.

Ein Ja zum Rahmenvertrag mit der EU könnte eine Kettenreaktion in Gang setzen – mit fatalen Folgen für das Schweizer Staatswesen

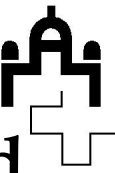


Beurteilung des Institutionellen Rahmenabkommens (InstA) und Forderungen der SVP (1/5)

Das Institutionelle Abkommen (InstA) zwischen der Schweiz und der EU verstösst gegen grundsätzliche Werte und Interessen der Schweizer Bürger und der schweizerischen Wirtschaft. Darum lehnt die SVP Schweiz das InstA entschieden ab. Die Unterzeichnung des InstA wäre staatspolitisch verwerflich. Insbesondere die Verpflichtung zur dynamischen (= automatischen) Rechtsübernahme und die Übernahme der EU-Gerichtsbarkeit sind existenzielle Verstösse gegen unsere Staatsverfassung und verletzen in krasser Weise die jahrhundertealten tragenden staatspolitischen Grundwerte der schweizerischen Eidgenossenschaft, die auch in der Bundesverfassung verbrieft sind. Das Abkommen höhlt die direkte Demokratie aus, missachtet die schweizerische Unabhängigkeit, die Neutralität und den Föderalismus und gefährdet die Schweizer Wohlfahrt. Das InstA käme einer Preisgabe der Schweiz gleich.

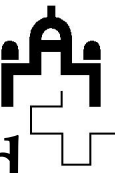
Beurteilung des InstA und Forderungen der SVP

1. **Das InstA führt die Schweiz schleichend in die EU**, ohne dass die Schweiz über einen EU-Beitritt abstimmen kann. Ein solcher Anbindungsvertrag ist abzulehnen.
2. Durch die Unterzeichnung werden in Zukunft die **Schweizer Wirtschaftspolitik** und Normenfestlegung, die **Schweizer Verkehrspolitik**, die **Schweizer Landwirtschaftspolitik** und die **Zuwanderung** inklusive Arbeitsmarktregulierung und Zugang zu den Schweizer Sozialversicherungen **in wesentlichen Teilen allein von der EU für unser Land bestimmt**. Das ist unhaltbar.
3. Die SVP unterstützt **bilaterale Beziehungen** auch mit der EU. Bedingung ist, dass diese Verträge in gegenseitiger Übereinkunft und im gegenseitigen Interesse abgeschlossen werden. Das InstA verhindert diesen Weg für die Zukunft, indem die EU für die Schweiz Recht setzt, und die Schweiz verpflichtet wird, dieses Recht in der Schweiz zu übernehmen. Damit wird der **CH-Gesetzgeber** – Volk und Stände für die Verfassung, das Schweizer Volk und das Parlament für Bundesgesetze und die Kantone für ihre kantonale Gesetzgebung – **ausgeschaltet**: Die EU ordnet an, die Schweiz vollzieht. **Das InstA ist die Beseitigung des bilateralen Weges, nicht dessen Fortsetzung.**



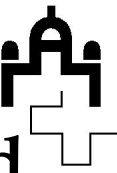
Beurteilung des Institutionellen Rahmenabkommens (InstA) und Forderungen der SVP (2/5)

4. Es sind Massnahmen zu erarbeiten, wie dies der Bundesrat beispielhaft mit der Alternativlösung bei Nichtanerkennung der Börsenäquivalenz getan hat. Ebenso fordert die SVP **ein Effizienzsteigerungs- und Revitalisierungsprogramm** für die Schweiz.
5. Seit über 700 Jahren ist in den Gründungsurkunden und schweizerischen Staat-verfassungen verankert, dass die Schweiz **keine fremden Richter akzeptiert**. Die Gestaltung und Auslegung der schweizerischen Gesetze ist Sache der Schweiz und nicht des Auslandes. Im InstA ist aber – trotz Schiedsgericht – **letztlich der EuGH die Instanz**, die bei Streitigkeiten entscheidet. Dies verstösst gegen die schweizerische Unabhängigkeit und ist nicht annehmbar.
6. Das Schweizer Volk fordert die **eigenständige Steuerung der Zuwanderung** und hat deshalb am 9. Februar 2014 einen Verfassungsartikel zur Steuerung der Zuwanderung beschlossen. Die SVP fordert eindringlich die Durchsetzung dieses Artikels. Das InstA bewirkt das Gegenteil: **Die Personenfreizügigkeit wird mit dem InstA entgegen der Bundesverfassung noch ausgebaut**. So will die EU z.B. die Abschaffung der schweizerischen Lohnschutzmassnahmen und schliesst die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie nicht aus, was dem Verhandlungsmandat des Bundesrates ausdrücklich widerspricht. Eine solche Übernahme als Folge-gesetzgebung der Personenfreizügigkeit wäre für die Schweiz sehr nachteilig und würde die Schweiz Milliarden kosten. Die Schweiz darf keine solchen untragbaren Verpflichtungen übernehmen.
7. Das Schweizer Volk fordert die **Ausschaffung krimineller Ausländer** und hat deshalb am 28. November 2010 einen Verfassungsartikel beschlossen, der die Ausweisung von Straftätern verlangt, die rechtskräftig verurteilt wurden. Mit dem InstA würde die Ausschaffung hunderter verurteilter krimineller EU-Bürger in Zukunft verunmöglicht.



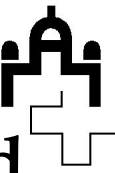
Beurteilung des Institutionellen Rahmenabkommens (InstA) und Forderungen der SVP (3/5)

8. Der wirtschaftliche Vorteil des InstA wird namentlich von den Grosskonzernen damit begründet, die **Rechtssicherheit** würde durch das InstA erhöht. Die Schweiz würde sich jedoch auf Gedeih und Verderb in grossen Teilen der Rechtssetzung der EU ausliefern, wobei völlig unsicher ist, was in Zukunft noch alles zu übernehmen sein wird. Dies kommt einer massiven **Verschlechterung der Rechtssicherheit** gleich. Die Erfahrung zeigt, dass der schweizerische Gesetzgeber, der mit dem InstA ausgeschaltet wird, punkto Rechtssicherheit wesentlich zuverlässiger als die EU ist. Dort wo es Sinn macht, können heute Regeln der EU übernommen werden, dort wo es keinen Sinn macht, sollen sie auch nicht übernommen werden. **Die SVP vertraut auf den bewährten schweizerischen Rechtssetzungsprozess.** Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Schweiz sind den Rahmenbedingungen der EU überlegen. Man vergleiche nur den EU-Instanzendschudel, die Höhe der Mehrwertsteuersätze, die Regulierungsdichte, die Minimalbesteuerungsvorgaben, die extensiven EU-Beihilferegeln usw. Unser Land ist dank schweizerischem Recht bezüglich Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Exportstärke im Waren- und Dienstleistungssektor im Gegensatz zur EU eine der weltweit führenden Nationen. Dasselbe gilt im Bildungsbereich. Die Gründe für unseren Erfolg sind gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, Rechtssicherheit, eine selbstverantwortliche Staatsordnung und die funktionierende Sozialpartnerschaft. Ihre Vorteile hat sich die Schweiz dank ihrer Unabhängigkeit erarbeitet. Es wäre ruinös, diesen Handlungsspielraum mit dem InstA aufzugeben. Das InstA birgt die Gefahr, dass die Schweiz mittelfristig ihre guten Rahmenbedingungen verliert und somit an Wirtschaftskraft einbüsst. Aufgrund einiger weniger wirtschaftlicher Vereinfachungen dürfen zudem fundamentale staatspolitische und bürgerrechtliche Staatssäulen, die sich bewährt haben, nicht über Bord geworfen werden.



Beurteilung des Institutionellen Rahmenabkommens (InstA) und Forderungen der SVP (4/5)

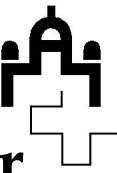
9. Die EU verlangt vom Nicht-EU-Mitgliedsland Schweiz periodisch sog. **Kohäsionszahlungen**. Gemäss EU soll dies die „Zutrittsgebühr für den EU-Binnenmarkt“ sein. Eine solche Zutrittsgebühr ist schon aus präjudiziellen Gründen abzulehnen, denn von keinem einzigen Land werden solche Zutrittsgebühren verlangt oder bezahlt. Würden hier seitens der Schweiz durch das InstA solche Zahlungen akzeptiert, müsste die Schweiz aus Äquivalenzgründen dies ebenfalls verlangen. Entsprechend dem höheren Exportvolumen der EU in die Schweiz würden die Zahlungen der EU an die Schweiz die schweizerischen Zahlungen übertreffen.
10. Zudem ist es offensichtlich, dass die Schweiz, wenn sie den Vertrag übernimmt, im Bereich der **Personenfreizügigkeit** und des **Zugangs zu unseren Sozialversicherungen exorbitante Kosten** übernehmen müsste.
11. Völlig unannehmbar ist die Regelung mit weiteren **Guillotineklauseln**. Statt der angekündigten Abschaffung der Guillotineklausel für die Bilateralen I, sieht das InstA nun Guillotineklauseln nicht nur für die bisherigen Marktzugangsabkommen, sondern auch **für das InstA selbst vor, sowie zusätzlich eine Guillotineklausel für alle «Abkommen», die die Schweiz später übernehmen muss**. Damit wird die Schweiz an die EU gebunden und das InstA definitiv zu einem Unterwerfungsvertrag. Guillotineklauseln dürfen keinesfalls akzeptiert werden.
12. Das **Verbot der staatlichen Beihilfen** betrifft das gesamte staatliche Handeln der Kantone, der Gemeinden und des Bundes und würde unseren Föderalismus sowie die Kantons- und Gemeindeautonomie vollständig untergraben. Insbesondere kantonale und kommunale Instrumente wie Wirtschaftsförderung, Investitionen in die Wasserkraft oder Staatsgarantien für Kantonalkassen wären betroffen.



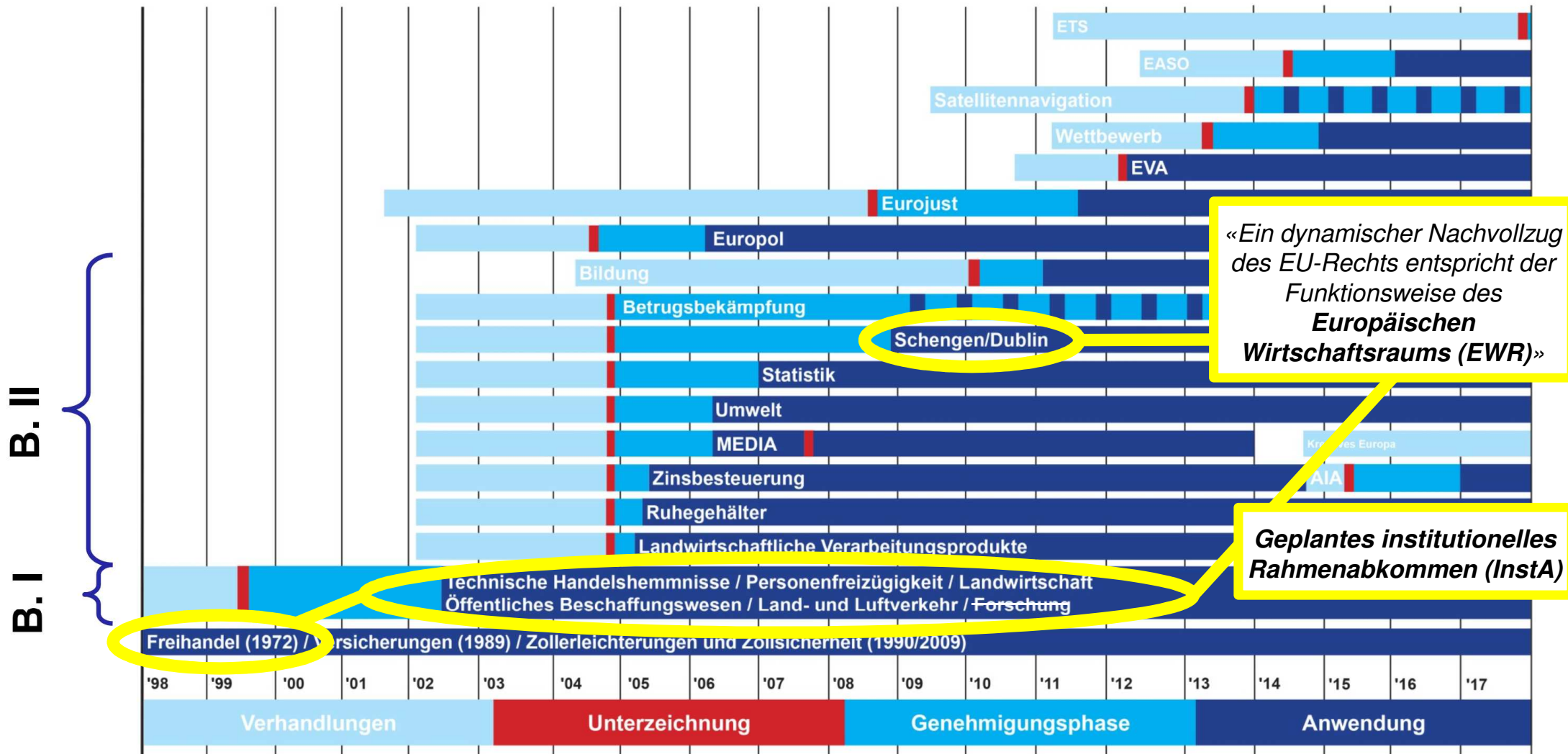
Beurteilung des Institutionellen Rahmenabkommens (InstA) und Forderungen der SVP (5/5)

13. Gefährdet wird zudem unser eigenes, föderalistisches und demokratisch legitimates **Steuerrecht** auf allen Stufen. Bereits früher versuchte die EU, gestützt auf das Freihandelsabkommen, das schweizerische Steuerrecht als mit dem Freihandelsabkommen unvereinbar zu erklären. Das InstA wird im Lichte der Rechtsprechung des EuGH den Begriff «Beihilfe» neu auch auf einen Teil unseres Steuersystems anwenden.
14. Die SVP verlangt vom Bundesrat dringend einen **Massnahmenplan** für den Fall, dass die EU der Schweiz wirtschaftliche Retorsionsmassnahmen aufbürdet, falls diese das InstA wegen Unzumutbarkeit ablehnt.
15. Die Schweiz hat ihre bewährte Wirtschaftspolitik fortzusetzen. Sie hat dank ihrer Neutralität und ihres geachteten Rechtsstaates mit allen Ländern der Welt Beziehungen in gegenseitiger Übereinkunft und beidseitigem Interesse. Für die Zukunft ist Wirtschaftspolitik mit dem bewährten Instrument des Freihandels zu betreiben, wobei die Landessicherheit und die Landesversorgung besonders zu beachten sind. Dieser Weg ist fortzusetzen.

Die SVP fordert den Bundesrat auf, diesen Vertragsentwurf weder zu paraphieren noch zu unterzeichnen, sondern zurückzuweisen. Der EU ist freundlich und unmissverständlich darzulegen, dass die Schweiz an guten bilateralen Beziehungen auf Augenhöhe interessiert ist, aber keinen Vertrag unterschreiben kann, der gegen den Zweckartikel der Bundesverfassung verstösst, welcher die Unabhängigkeit des Landes und die Rechte des Volkes garantiert.



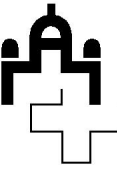
Überblick über die wichtigsten bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU



Mitte-Links will das Volk nicht über die Kohäsionsmilliarde abstimmen lassen

Anstatt der EU klar mitzuteilen, dass sich die Schweiz nicht dem Diktat des Institutionellen Rahmenabkommens (InstA) unterwirft, stimmten im Nationalrat alle Parteien ausser der SVP für die Bezahlung von 1,3 Milliarden Franken an die EU. Zudem wurde der Antrag der SVP, die Kohäsionsmilliarde dem Referendum zu unterstellen, abgelehnt. FDP, CVP und SP haben Angst vor einer Volksabstimmung, weil sie wissen, dass die Schweizerinnen und Schweizer die Kohäsionsmilliarde hochkant ablehnen würden.





Ein freies und selbstbestimmtes Land wie die Schweiz hat die Einwanderung selber zu steuern, wie dies die meisten Länder tun

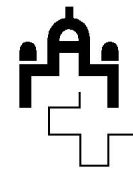
Probleme der masslosen Zuwanderung endlich lösen

Zuwanderung eigenständig regeln

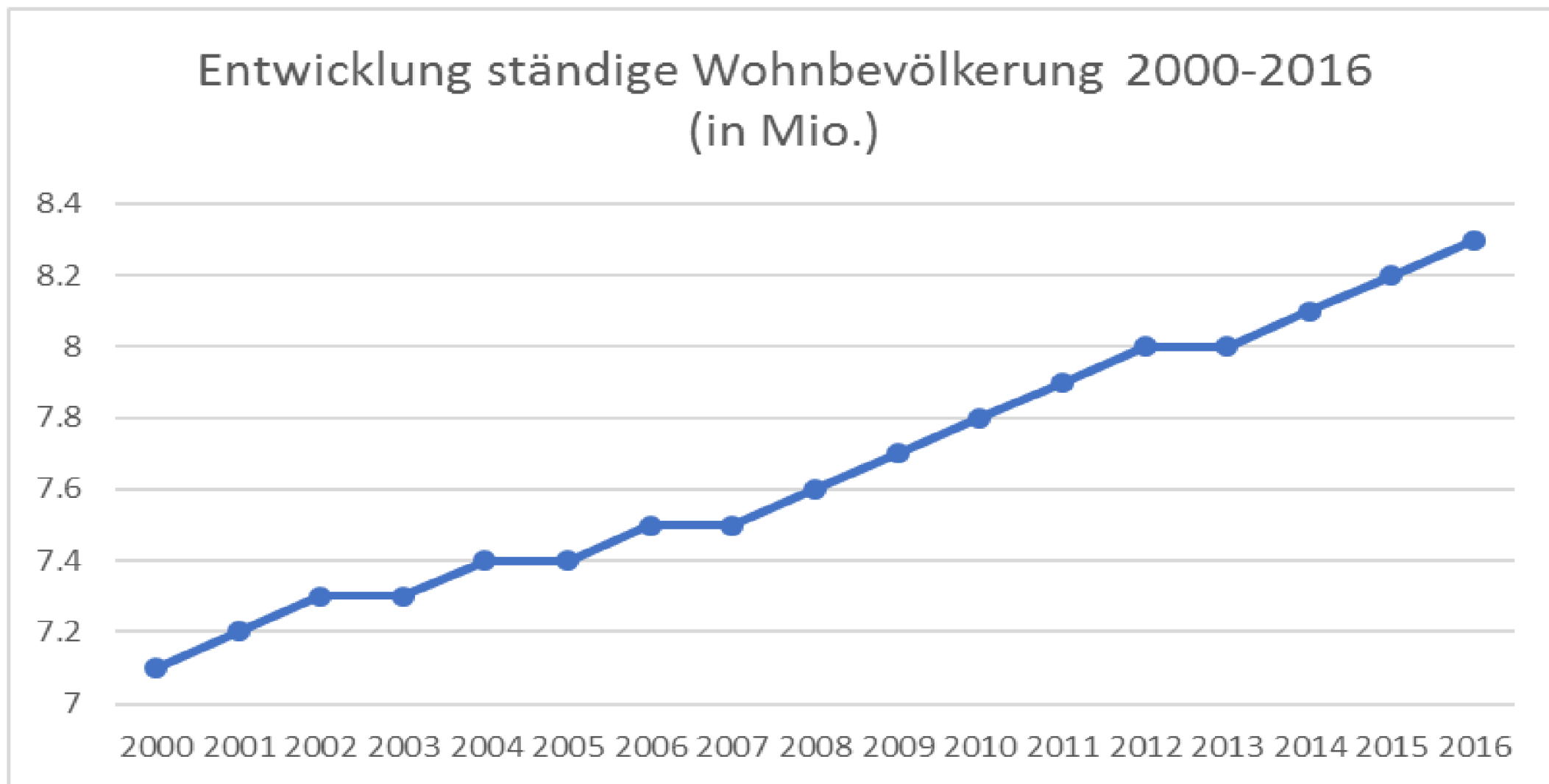
Personenfreizügigkeit notfalls kündigen

- Seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 gibt es eine unkontrollierte und masslose Zuwanderung in die Schweiz. **Pro Jahr wandern 60'000 bis 80'000 Personen mehr in unser Land ein als es verlassen.** Die negativen Folgen sind schmerzhaft: **Einheimische Arbeitsplätze** werden zusehends **gefährdet**, namentlich ältere Leute verlieren ihre Stelle und werden durch junge Ausländer ersetzt, der **Wohnraum wird knapper**, die **Mieten und Hauspreise steigen** und die Landschaft wird **zubetoniert**. **Züge, Strassen und Schulen** platzen aus allen Nähten. Migranten verändern unsere **Kultur**. Plätze, Züge und Strassen werden **unsicherer**. Hinzu kommt, dass praktisch die **Hälfte aller Sozialhilfebezüger Ausländer** sind. Entsprechend steigen die Sozialhilfeausgaben der Gemeinden ins Unerträgliche.
- Ein freies und selbstbestimmtes Land wie die Schweiz hat die **Einwanderung selber zu steuern, wie dies die meisten erfolgreichen Länder der Welt tun**. Es käme ihnen nie in den Sinn, über **500 Millionen Bürgern anderer Staaten** einen **rechtlichen Anspruch auf Einwanderung** zu gewähren. Vielmehr verschärfen sogar viele Länder vor dem Hintergrund der weltpolitischen Entwicklungen ihre Einwanderungsgesetze.
- Der Bundesrat wird beauftragt, auf dem Verhandlungsweg **das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU** spätestens zwölf Monate nach Annahme der Begrenzungs-Initiative **ausser Kraft zu setzen**. Ist eine Verständigung in dieser Zeit nicht möglich, ist das Personenfreizügigkeitsabkommen innert 30 Tagen zu kündigen.





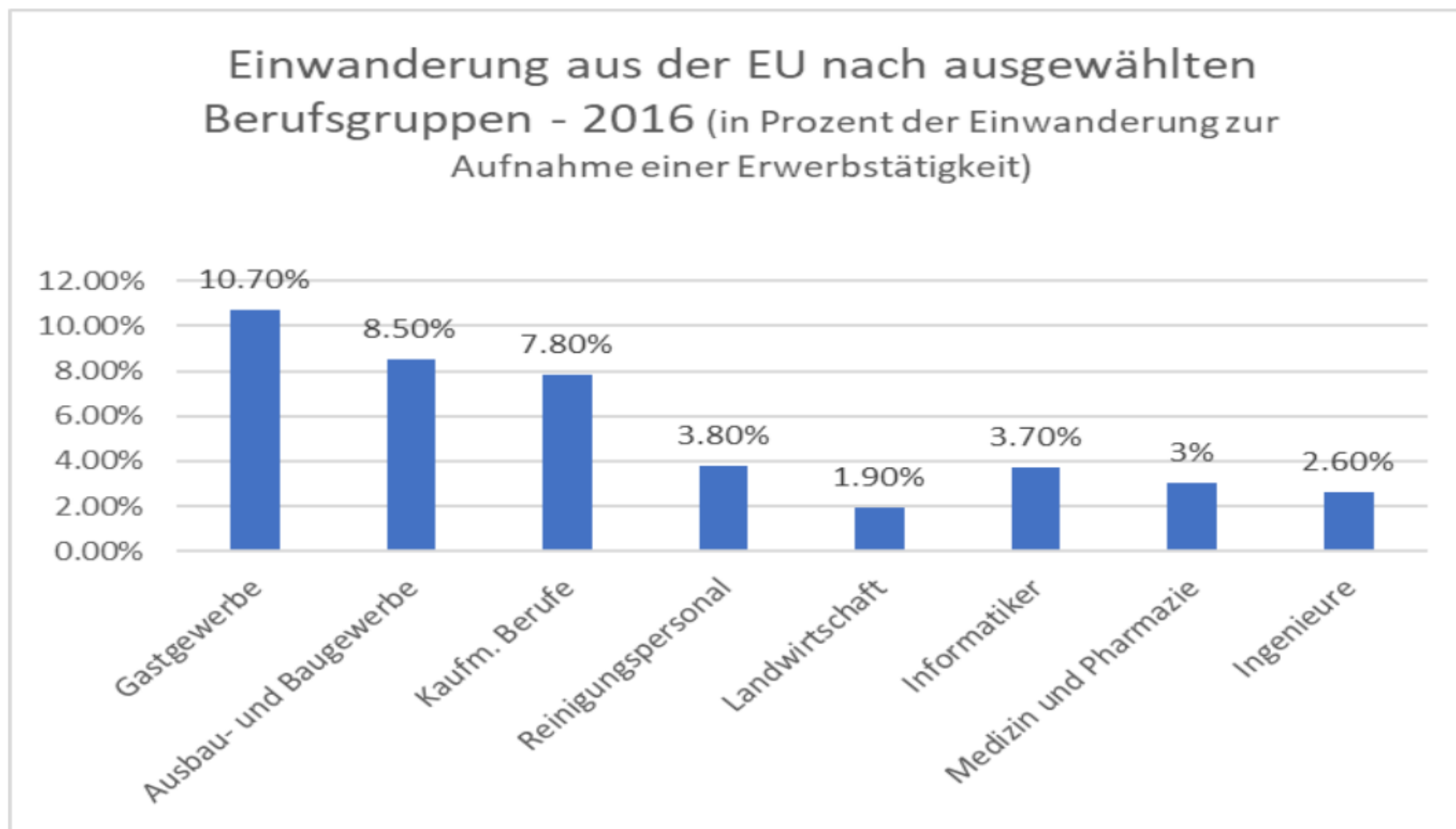
Schreitet die Zuwanderung wie von 2007 bis 2016 voran, ist die «10 Millionen-Schweiz» schon im Jahr 2032 Realität

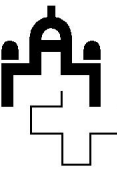


Quelle: BFS

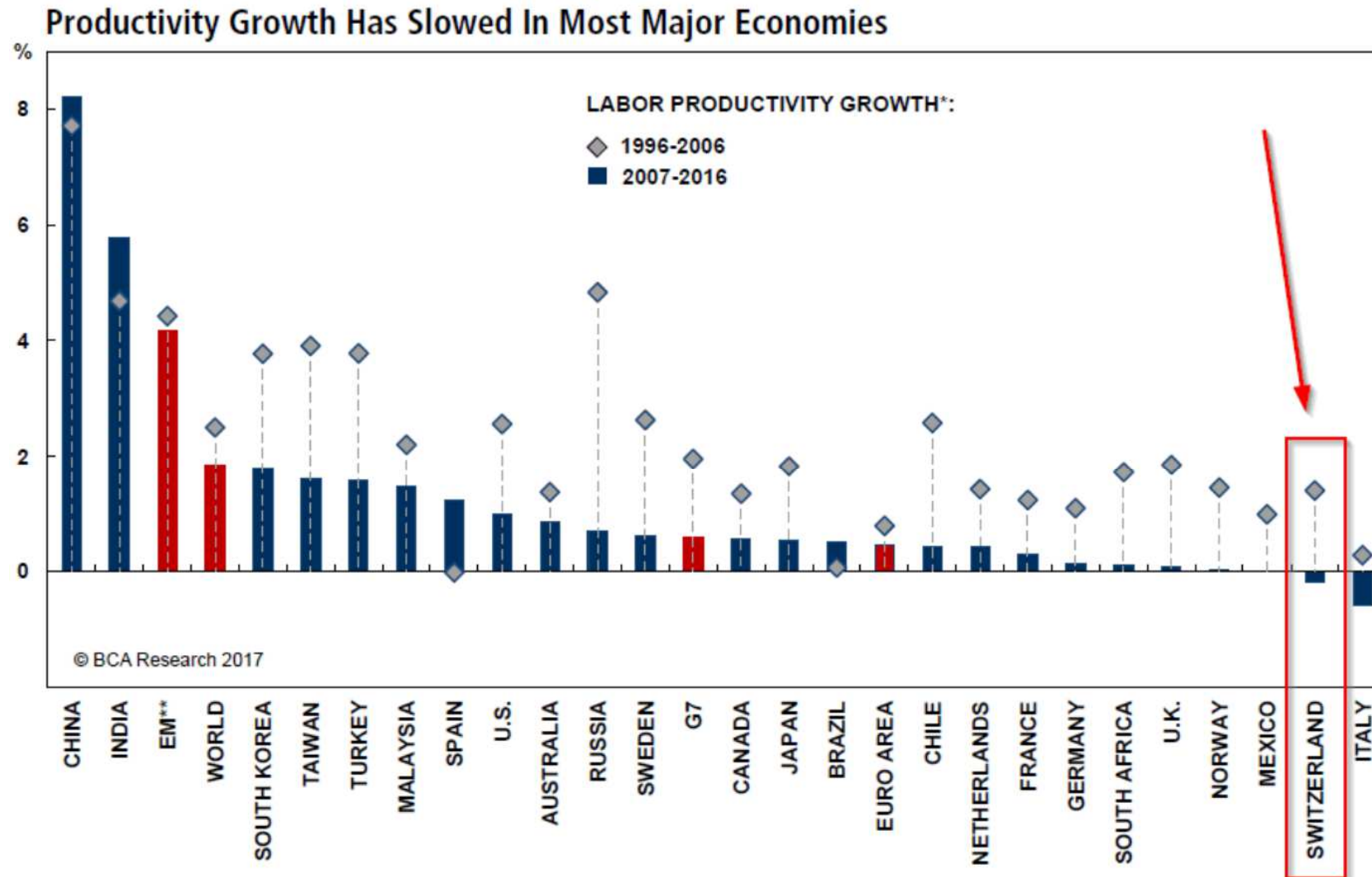
TA / 26. März 2019

Die Einwanderung aus der EU erfolgt vor allem in unproduktivere Wirtschaftszweige mit hoher Arbeitslosigkeit



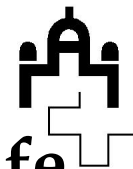


Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit ist das Produktivitätswachstum in der Schweiz negativ



* OUTPUT-PER-PERSON EMPLOYED, ANNUALIZED RATE OF GROWTH; BASED ON DATA FROM THE CONFERENCE BOARD.

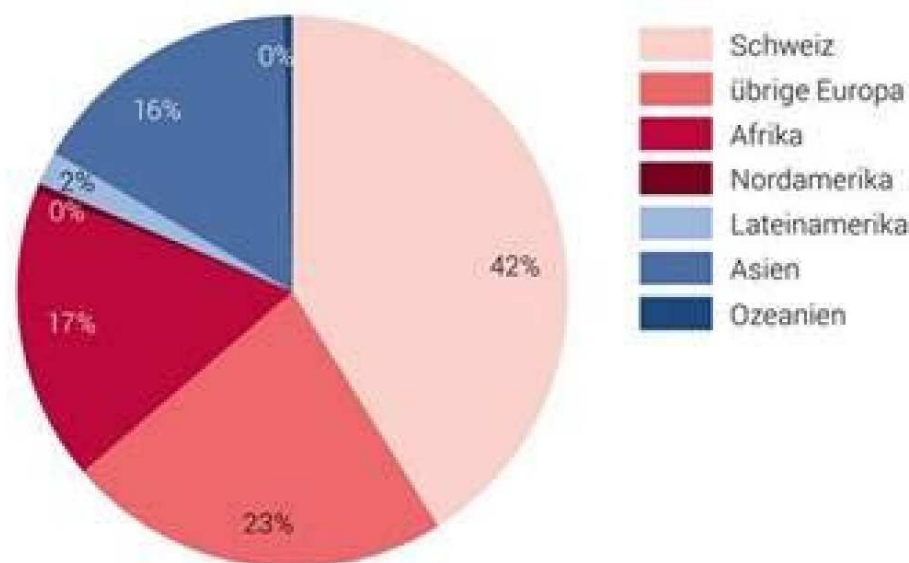
** GDP-WEIGHTED AVERAGE OF 13 EMERGING MARKET COUNTRIES.



Sowohl bei den Ergänzungsleistungen als auch bei der Sozialhilfe sind Ausländer überproportional vertreten

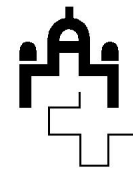


Sozialhilfebeziehende nach Ländergruppen, 2016 G10

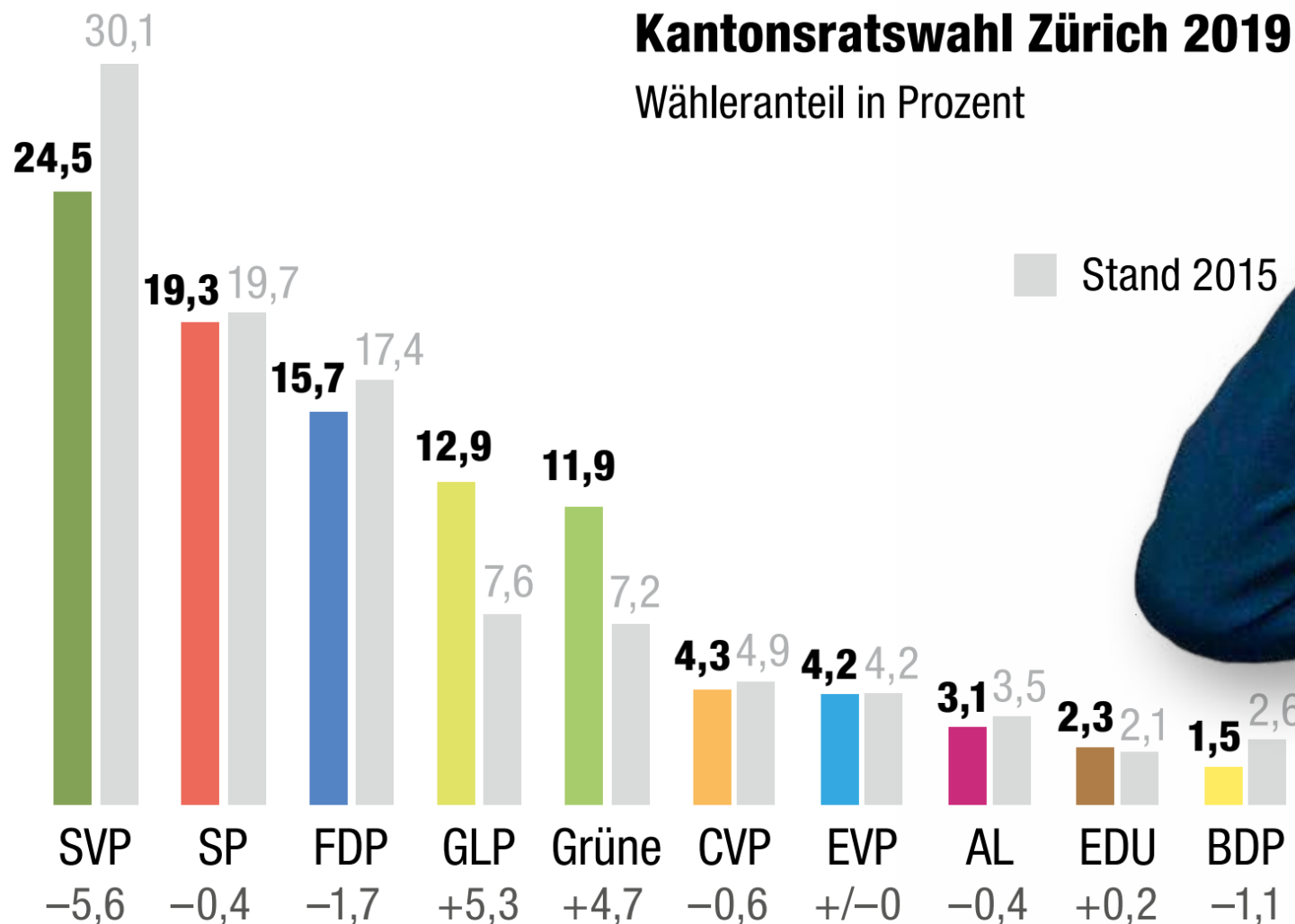


Quelle: BFS – Sozialhilfestatistik (SHS)

© BFS 2017



Bei den Wahlen vom Sonntag im Kanton Zürich verlor die SVP 5.6 Prozent und hat neu einen Wähleranteil von 24.5 Prozent

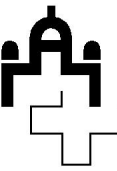


Quelle: Blick

TA / 26. März 2019

Alle Zahlen gerundet

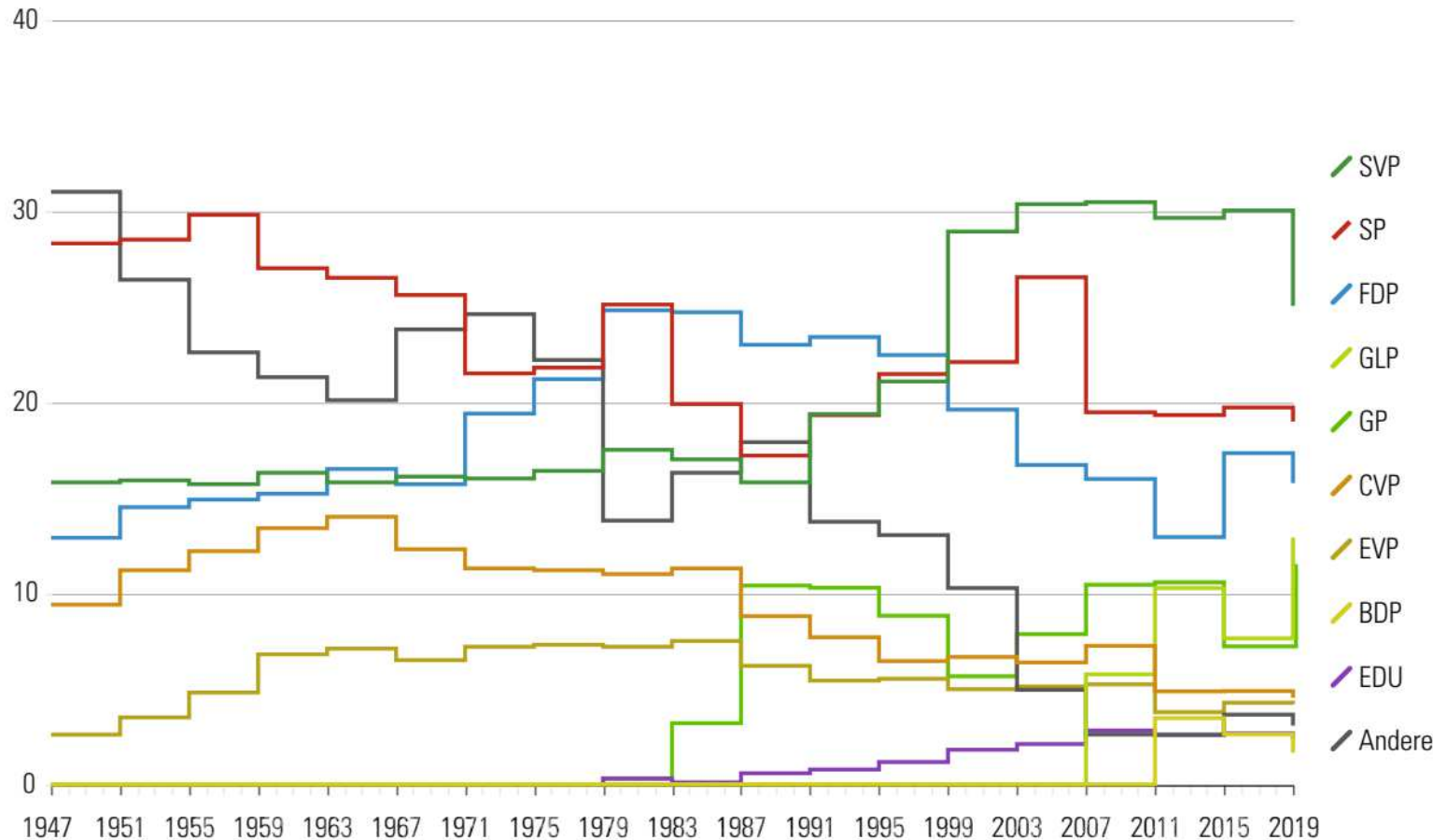
Quelle: wahlen.zh.ch © Blick Grafik



Auch bei anderen kantonalen Wahlen war der Wähleranteil der SVP rückläufig – eine «schonungslose Analyse» ist zwingend

Grüne und GLP sind so stark wie nie zuvor

Wähleranteile bei Zürcher Kantonsratswahlen, in Prozent



Quelle: NZZ und Tagesanzeiger

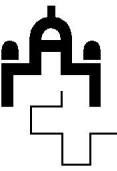
TA / 26. März 2019

Veränderung der Parteistärke
seit den Nationalratswahlen 2015

Angaben in %

SVP

SG		4,2
UR	-0,6	
SZ	-0,9	
TG		2,1
SH		1,5
AG	-0,1	
BS	-0,7	
FR		1,1
VS	-0,8	
SO	-0,4	
NE	-5,4	
VD	-1,2	
NW	-3,2	
OW		0,1
BE	-2,2	
GE	-3,0	
GL	-3,5	
GR*		0,0
ZG	-1,3	
AR	-4,1	
ZH	-5,6	



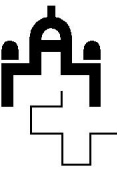
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/11): Ausländerpolitik

Ausschaffungsinitiative: FDP-Müller muss doch nachpfeffern

Terroristen müssen ausgewiesen werden

Bundesrat muss Eritrea-Politik verschärfen

- FDP-Ständerat Philipp Müller versprach vor einigen Jahren, dass die SVP-Ausschaffungsinitiative «pfefferscharf» umgesetzt werde. Doch wie so oft scheinen sich die Befürchtungen der SVP leider zu bewahrheiten: Die sogenannte Härtefallklausel wird nicht nur in absoluten Ausnahmefällen angewendet, sondern verkommt zu einer regelrechten Täterschutzklausel, weil die Staatsanwaltschaften den nötigen Aufwand für die Landesverweise scheuen. Das bemerkte sogar Müller, weshalb er nicht einmal zwei Jahre nach Inkrafttreten der entsprechenden Gesetze eine Revision des Strafgesetzbuches verlangt. Gegen den Willen der Linken, die kriminelle Ausländer nach wie vor in Schutz nehmen, nahm nach dem Ständerat nun auch der Nationalrat die Motion an.
- Was die SVP schon lange fordert, setzt sich nun endlich in breiteren Kreisen des Parlamentes durch: Der Schutz der Schweizer Bevölkerung hat absolute Priorität. Ständerat und Nationalrat fordern, dass die Schweiz Dschihadisten, die wegen Taten im Zusammenhang mit dem Islamischen Staat (IS) verurteilt worden sind, auch dann in ihr jeweiliges Heimatland ausweist, wenn dieses als unsicher gilt. Die Debatte hat einen realen Hintergrund: Aktuell leben in Schaffhausen fünf Iraker, die wegen Unterstützung einer terroristischen Organisation verurteilt worden sind, die aber nicht ausgeschafft werden.
- Gegen den Willen von Links-Grün fordert nach dem Ständerat auch der Nationalrat ein konsequenteres Vorgehen gegen eritreische Wirtschaftsmigranten. Konkret muss der Bundesrat den Status aller vorläufig aufgenommenen Eritreer überprüfen und wenn möglich aufheben. Vor ein paar Monaten lehnte der Ständerat eine ähnliche Motion aus der SVP noch ab.



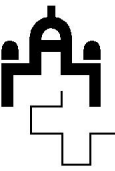
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/11): Staatspolitik

**SVP kämpft
erfolgreich gegen
Wachstum der
Bundes-
verwaltung**

**Bundes-
angestellte sollen
nicht doppelt
profitieren**

**Eignerstrategie
der
Bundesbetriebe**

- Dank der SVP soll die Bundesverwaltung nicht wachsen dürfen. Denn grundsätzlich gilt: Nicht nur die Personalkosten steigen, sondern je mehr Bundesangestellte, umso mehr Aufgaben reisst der Bund an sich und umso mehr Gesetze sowie Regulierungen werden beschlossen. Mit einer hauchdünnen Mehrheit konnten SVP und FDP die Abschreibung einer Motion verhindern, die verlangt, dass der Bund seinen Personalstand auf dem Niveau von 2015 einfriert. Bleibt zu hoffen, dass die Mehrheit von CVP und SP im Ständerat diesen wichtigen Entscheid nicht wieder kippt.
- Mitarbeiter des Bundes, die aufgrund ihrer Anstellung Einsitz nehmen in Beiräten, Verwaltungsräten etc. oder bezahlt werden für externe Vorträge, sollen einen Teil der Entschädigung an die Bundeskasse abliefern müssen. Die Motion aus der SVP wollte ursprünglich, dass der volle Betrag an den Bund geht, aber der Ständerat schwächte dies ab.
- Post, RUAG und SBB sind nur einige Bundesbetriebe, die in den letzten Monaten für Schlagzeilen sorgten. Der Ständerat verlangt nun, dass der Bundesrat in einem Bericht darlegt, mit welcher Strategie der Bund als Eigentümer in den Führungsorganen dieser Gremien vorgeht, bzw. nach welchen Kriterien er gedenkt, eine solche Strategie auszuarbeiten.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/11): Wirtschafts- und Finanzpolitik

**Höhere
Steuerabzüge für
Krankenkassenprämien dank SVP-Motion**

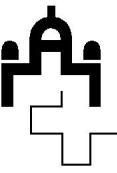
- Alle reden von der drückenden Last der steigenden Krankenkassenprämien – die SVP sorgt für Entlastung. Die Motion von SVP-Nationalrat Jean-Pierre Grin will die Pauschalabzüge bei der direkten Bundessteuer für Alleinstehende von 1'700 auf 3'000 Franken und für Ehepaare von 3'500 auf 6'100 Franken erhöhen. Für jedes Kind sollen statt 700 neu 1'200 Franken abgezogen werden können. Nach dem Nationalrat stimmte in dieser Session auch der Ständerat dieser Forderung zu. Der Bundesrat muss nun eine entsprechende Vorlage präsentieren.

**Alle Familien
erhalten höheren
Steuerabzug**

- Mit den Stimmen der SVP stimmte der Nationalrat einer Steuererleichterung für Familien zu. Der allgemeine Abzug pro Kind wird von 6'500 auf 10'000 Franken angehoben. So werden Familien steuerlich entlastet, unabhängig davon, ob sie ihre Kinder selber betreuen oder in eine Krippe geben. Die Linke und die FDP wollten den höheren Steuerabzug verhindern.

**Schweizer KMU
haben bei
Ausschreibungen
weiterhin das
Nachsehen**

- Der Nationalrat lehnte einen Antrag der SVP ab, der die Schweizer KMU in öffentlichen Ausschreibungen vor dem Preisdumping ausländischer Firmen schützen wollte. Bei den Zuschlagskriterien für öffentliche Ausschreibungen hätte die Verschiedenheit der Preisniveaus in den Ländern, in welchen die Leistung erbracht wird, berücksichtigt werden sollen. Damit werden die Schweizer KMU ungerechterweise auf die gleiche Stufe gestellt wie ausländische Firmen, die keine Lehrlinge ausbilden, günstiger produzieren, ihren Mitarbeitenden viel weniger bezahlen und deshalb günstiger offerieren können.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/11): Wirtschafts- und Finanzpolitik

**Nationalrat will
Umtauschfrist für
Banknoten
aufheben**

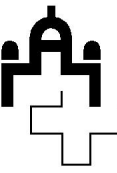
- Die SVP setzt sich dafür ein, dass die heutigen Banknoten ihre Gültigkeit auch nach 20 Jahren noch behalten. Die Lebenserwartung der Bevölkerung hat stark zugenommen. So erlebt ein Durchschnittsschweizer in seinem Leben zahlreiche Serien von Banknoten. Damit steigt das Risiko, dass er diese entsprechend verlegt oder Geld aus alten Serien erbt, die sonst plötzlich ihren Wert verlieren würden. Zudem sind die neuen Noten mit ihrem Kunststoffanteil viel beständiger. Das Geschäft geht nun in die Differenzbereinigung, weil der Ständerat an der Umtauschfrist festhalten wollte.

**Bargeld nicht
verteufeln**

- In der Absicht, sich internationalen Standards anzupassen, entschied die Schweizer Finanz-marktaufsicht FINMA, die Identifikationsschwelle für Bargeldtransaktionen von 25'000 auf 15'000 Franken zu senken. Wer beispielsweise am Postschalter eine entsprechende Über-weisung tätigen will, muss deklarieren, woher das Geld stammt. Die SVP will verhindern, dass Bürger, die lieber Bargeld verwenden, einfach unter Generalverdacht gestellt werden. Sie setzte sich im Nationalrat erfolgreich dafür ein, dass die Schwelle nicht gesenkt wird.

**Inhaberaktien
werden verboten**

- Der Druck von internationalen Organisationen reisst nicht ab und die Schweiz gibt leider wie immer nach. Damit die Schweiz nicht auf der schwarzen Liste der OECD landet, wollte der Bundesrat Inhaberaktien in Namenaktien umwandeln und die Gründung neuer Inhaber-AG verbieten. Die SVP konnte die zwingende Umwandlung verhindern, aber nicht das Verbot, neue Inhaberaktien auszugeben. Die FDP gab dem internationalen Druck nach. Das Geschäft geht an den Ständerat, wo aber SP und CVP dominieren.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/11): Wirtschafts- und Finanzpolitik

Ausländische Online-Händler besteuern

- Ausnahmsweise herrschte Einigkeit im Parlament: Ausländische Online-Plattformen, die täglich zehntausende Pakete in die Schweiz senden, sollen Mehrwertsteuern zahlen müssen. Schweizer Händler sind diesbezüglich im Nachteil. Dem Bund entgehen zudem jedes Jahr rund 100 Millionen Franken an Steuereinnahmen. Der Bundesrat muss nun eine entsprechende Gesetzesvorlage ausarbeiten.

Kulturvereine sollen von der Mehrwertsteuer befreit werden

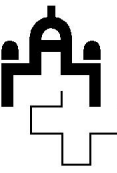
- Erfolg für eine Motion aus der SVP: Kulturvereine sollen wie Sportvereine behandelt und von der Mehrwertsteuer ausgenommen werden. Während Musik-, Gesangs- oder Trachtenfeste heute zahlen müssen, sind z.B. Turnfeste ausgenommen. Diese Ungleichbehandlung soll ein Ende haben findet die Mehrheit des Nationalrats. Für die Beibehaltung der Steuern waren lediglich die Freisinnigen.

Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»

- Die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» ist im Parlament nicht mehrheitsfähig. Nach dem Nationalrat empfiehlt sie auch der Ständerat zur Ablehnung. Der gemeinnützige Wohnungsbau wird aber trotz Opposition der SVP mit Staatsgeldern unterstützt. Im Sinne eines indirekten Gegenvorschlags soll ein Rahmenkredit von 250 Millionen Franken in den nächsten zehn Jahren preisgünstigen Wohnraum fördern.

Gesetz zur Entlastung von Unternehmen

- Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat einen Vorschlag aus der SVP gutgeheissen. Der Bundesrat muss der Bundesversammlung nun ein Gesetz zur Reduktion der Regelungsdichte und Abbau der administrativen Belastung für Unternehmen unterbreiten. Es stehen Ideen im Raum wie «One in, two out»-Regeln, Sunset- oder Opting-out-Klauseln.



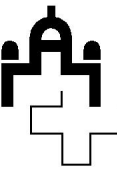
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/11): Wirtschafts- und Finanzpolitik

**Kein indirekter
Gegenvorschlag
zur KVI**

**Weg frei für
digitale Identität
(E-ID)**

**Bundesver-
sammlung will
Trust einführen**

- Schweizer Unternehmen sollen für Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden von Tochtergesellschaften im Ausland nicht haften. Der Ständerat lehnt die Konzernverantwortungsinitiative (KVI) ohne Gegenvorschlag ab. Der indirekte Gegenvorschlag sei kein Kompromiss, sondern im Grunde ein Gesetz zur Umsetzung der Initiative, kritisierten die Ständeräte. Nun ist wieder der Nationalrat am Zug. Dieser hatte sich gegen den Willen der SVP für einen Gegenvorschlag ausgesprochen.
- Zweck der E-ID ist eine sichere und einfache Identifikation für den Geschäftsverkehr oder den Kontakt mit Behörden im Internet. Das vom Bundesrat ausgearbeitete Gesetz teilt die Aufgaben zwischen Staat und Privatwirtschaft auf. Die technische Lösung wird durch private Anbieter bereitgestellt und ist somit einfacher an neue Technologien anpassbar. Der Bund prüft und bestätigt lediglich die Identität einer Person und kontrolliert, dass die privaten Anbieter die nötigen Sicherheitsstandards erfüllen.
- Nach dem Ständerat stimmte auch der Nationalrat einer Motion zu, die Trusts in der Schweiz einführen will. Mit einem Trust können Angehörige der nächsten Generation, schutzbedürftige Minderjährige oder behinderte Menschen begünstigt werden. Durch einen Trust kann man einen gestaffelten Übergang des Vermögens organisieren, gemeinnützige Vorhaben verfolgen oder aber kommerzielle Projekte abwickeln. Im Vergleich zur Stiftung ist der Trust jedoch einfacher, weil er keine eigene Rechtspersönlichkeit erhält. Damit kann die Produktpalette der hiesigen Finanzdienstleister erweitert und ihnen ermöglicht werden, verlorene Marktanteile gegenüber der ausländischen Konkurrenz zurückzuerobern.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (7/11): Landwirtschaftspolitik

**Hochwertigen
Käse besser
unterstützen**

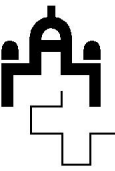
- Der Nationalrat möchte eine Stärkung der Wertschöpfung beim Käse. Er verlangt vom Bundesrat, mit der Verkäsungszulage in erster Linie qualitativ hochwertigen Käse zu fördern. Die heutige Zulage setzt falsche Anreize zur Produktion von Käse mit tiefem Fettgehalt. So wird zu viel günstiger Käse exportiert, was die Preise für den hochwertigeren Käse unter Druck setzt. Als nächstes entscheidet der Ständerat.

**Verhältnis-
mässige
Sanktionen bei
den
Direktzahlungen**

- Der Nationalrat nahm eine Motion aus der SVP an, die verlangt, dass Sanktionen gegen fehlbare Bauern verhältnismässig sind und nicht bereits bei einer erstmaligen und geringfügigen Verfehlung zu einem Totalausschluss der Direktzahlungen führen. Wenn der Ständerat zustimmt, erhalten die Behörden hier mehr Spielraum. SP, Grüne und FDP wehrten sich dagegen. Die Verhältnismässigkeit – ein Lieblingsbegriff der Linken gegen die strikte Umsetzung der SVP-Ausschaffungsinitiative – gilt offenbar nur für kriminelle Ausländer, nicht aber für die Schweizer Bauern.

**Vernünftige
Lösung für
Palmöl**

- Palmöl ist für die Lebensmittelindustrie ein wichtiger Rohstoff. Aber die Produktion ist nicht unumstritten und einheimisches Öl (z.B. aus Raps) sollte nicht durch Billigimporte konkurrenziert werden. Aus diesem Grund stimmte der Nationalrat oppositionslos einer Motion des Ständerats zu, die vom Bundesrat verlangt, bei der Aushandlung von Freihandelsabkommen keine Konzessionen zu machen, wenn die einheimische Ölsaatenproduktion gefährdet wird.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (8/11): Sozial- und Gesundheitspolitik

Reform der Ergänzungs- leistungen (EL)

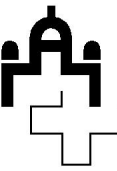
- Die EL-Ausgaben haben sich zwischen 1998 und 2012 auf 4,4 Milliarden Franken mehr als verdoppelt. Gemäss National- und Ständerat soll die EL um 453 Millionen Franken entlastet werden. Bei der umstrittenen Vermögensschwelle hat sich der Nationalrat durchgesetzt: Wer über mehr als 100'000 Franken Vermögen verfügt, hat künftig keinen Anspruch auf EL. Bei Ehepaaren beträgt die Vermögensschwelle 200'000 Franken. Selbst bewohnte Liegenschaften werden dabei aber nicht angerechnet. Eine wichtige Neuerung betrifft die Mieten. Weil diese stark gestiegen sind, decken die anrechenbaren Beträge die tatsächlichen Mieten nur noch teilweise und wurden darum erhöht.

Invalidisierung vorbeugen und die Eingliederung verstärken

- Bei Kindern, Jugendlichen sowie Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen sind Massnahmen nötig, um die Wiedereingliederung zu fördern. Ausserdem führen die heutigen Renten bei kinderreichen Familien und bei jungen Erwachsenen zu Fehlanreizen. Es darf nicht sein, dass Familien mit IV-Rente besser gestellt werden als Familien, die ihren Unterhalt selber verdienen. Auch bei jungen Erwachsenen ist es heute so, dass das Taggeld deutlich höher sein kann als der Lohn, den Gleichaltrige ohne gesundheitliche Beeinträchtigung in der Ausbildung erhalten. Die Bürgerlichen konnten diese Fehlanreize mit einer Kürzung beseitigen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Bessere Regeln gegen Telefonwerbung

- Der Nationalrat stimmte einem Antrag aus dem Ständerat zu, die den Bundesrat beauftragt, im Bereich der Krankenversicherung verschiedene Branchenlösung für allgemeinverbindlich zu erklären. Konkret geht es darum, unseriöse Vermittlungspraktiken zu unterbinden und die Werbeanrufe von Krankenkassenvermittlern zu verbieten.



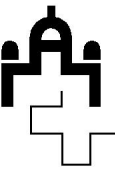
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (9/11): Sozial- und Gesundheitspolitik

**Nein zur
Erhöhung der
Mindestfranchise**

**Export von AHV-
und IV-Renten in
den Kosovo**

**Prämienregionen
bleiben
unverändert**

- Die SVP entschied, die Erhöhung der Mindestfranchise auf 350 bzw. 500 Franken abzulehnen. Solange die übrigen Parteien nicht bereit sind, über griffige, allumfassende Massnahmen zu sprechen, soll nicht der Mittelstand zur Kasse gebeten werden. Die SP und die anderen Linksparteien sorgen bei jeder Gelegenheit dafür, dass der arbeitende Mittelstand weiter ausgepresst wird und spielen sich nun als Retter des kleinen Mannes auf. Bei diesem Spiel macht die SVP nicht mit. Die SVP will, dass alle einen Beitrag zur Kostendämpfung leisten, also auch Krankenversicherungen, Ärzte, Spitäler, die Pharmaindustrie und die übrigen Akteure des Gesundheitswesens – nicht nur die Prämienzahler.
- Ohne längere Diskussion stimme eine Mehrheit des Ständerats dem Sozialversicherungsabkommen mit dem Kosovo zu. Somit werden AHV- und IV-Renten künftig ohne Anpassung an das dortige Preisniveau auch in den Kosovo ausbezahlt. Dass die Verwaltung im Kosovo aber komplett dysfunktional und korrupt ist, beachteten die Ständeräte bei ihrem Entschluss nicht. Wie soll beispielsweise im Kosovo die Invalidität seriös überprüft werden?
- In ländlichen Regionen fallen die Krankenkassenprämien in der Regel tiefer aus, weil die Bevölkerung sich eigenverantwortlicher verhält und bei Bagatellen auf Hausmittel zurückgreift, anstatt gleich den Arzt aufzusuchen. Die SVP setzte sich mit den bürgerlichen Parteien erfolgreich dafür ein, dass die bisherigen Prämienregionen beibehalten werden. Die Linke und SP-Gesundheitsminister Berset wollen diese neu anordnen, damit die hohen Kosten ihrer Klientel in den Städten und ihrer Sozialindustrie quersubventioniert werden.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (10/11): Umwelt-, Energie und Kommunikationspolitik

Fernmeldegesetz unter Dach und Fach

- Das Parlament hat das revidierte Fernmeldegesetz verabschiedet. Die Swisscom wird nicht verpflichtet, anderen Anbieterinnen bei allen Technologien Zugang zu den Teilnehmeranschlüssen zu gewähren. Die Entbündelung der letzten Meile soll vorerst auf Kupferleitungen beschränkt bleiben, damit auch in Randregionen weiter in die Verbesserung der Infrastrukturen investiert wird. Das Parlament hat zudem die Netzneutralität im Gesetz verankert. Beim Roaming soll der Bundesrat Möglichkeiten zur Bekämpfung unverhältnismässig hoher Endkumentarife und zur Förderung des Wettbewerbs erhalten.

Viel Geld für fragwürdige Umweltprojekte

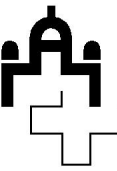
- 148 Millionen Franken für das Ausland und 50 für das Inland: So viel Geld soll der Bund in den nächsten Jahren für Umwelt- und Landschaftsprojekte ausgeben. Der Inlandteil betrifft einen Fonds, der 1991 anlässlich der 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft ins Leben gerufen und seither immer unkritisch verlängert wurde. Die SVP lehnte die Kredite als einzige Fraktion ab, konnte aber die Spendierlaune des Parlaments nicht bremsen.

Wasserzins bleibt auf bisherigem Niveau

- Der Wasserzins ist eine Abgabe für das Recht, ein öffentliches Gewässer zur Erzeugung von Strom zu nutzen. Die Kantone legen die Höhe fest, doch setzt der Bund ein Maximum. Heute liegt dieses bei 110 Franken. Diese Einnahmen sind für Berggemeinden und einige Kantone sehr wichtig. Aus diesem Grund entschied nach dem Ständerat nun auch der Nationalrat, das Maximum nicht anzutasten.

Geld für Umfahrungen

- Der Nationalrat hat 1,49 Milliarden Franken für Projekte im Agglomerationsverkehr bewilligt. Das sind 145 Millionen Franken mehr als vom Bundesrat beantragt. Mit dem zusätzlichen Geld wird damit der Bau von Entlastungs- und Umfahrungsstrassen gefördert. Als nächstes entscheidet der Ständerat.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (11/11): Weitere Geschäfte

**Ausbauschritt
der Bahn wird
durchgewinkt**

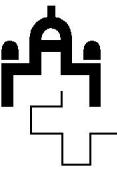
**Waffenexporte:
Kein
Handlungsbedarf**

**Bald
muslimische
Armee-
seelsorger?**

**Parlament pfeift
auf
Nationalhymne**

- Für knapp 12 Milliarden Franken will der Bundesrat das Schweizer Bahnnetz bis 2035 ausbauen. Auf der Liste stehen zusätzliche Verbindungen mit Halb- und Viertelstundentakt, Verbesserungen für den Güterverkehr und der Ausbau des Lötschberg-Basistunnels. Der Ständerat möchte aber zusätzliche Projekte realisieren und genehmigte weitere 919 Millionen Franken. Er fügte den Durchgangsbahnhof Luzern und das Herzstück der trinationalen S-Bahn Basel hinzu.
- Der Ständerat sieht er keinen Grund, die Schweizer Waffenexporte strengeren Richtlinien zu unterwerfen. Der Bundesrat handhabt diese bereits sehr restriktiv. Sollte das Volk dies anders sehen, wird es sich in einigen Jahren an der Urne zum Thema äussern können.
- Der Nationalrat lehnte es ab, klar zu regeln, dass es in der Schweizer Armee nur christliche Armeeseelsorger geben soll. Einer Initiative aus der SVP wurde keine Folge gegeben. Somit ist nicht auszuschliessen, dass es bald Imame in Uniform geben wird. Doch wer stellt dann sicher, dass diese keine radikalen Ideen verbreiten bei den jungen (eingebürgerten) Soldaten?
- Die Nationalhymne ist ein Symbol für unsere Heimat wie das Schweizerkreuz oder unsere Berge. Doch der Schweizerpsalm gerät immer mehr unter Druck. Durch die Hintertür wollen linke Kreise unsere Hymne, welche 1841 komponiert wurde, abschaffen. Um die Nationalhymne zu schützen, wollte sie die SVP in einem Gesetz verankern. So hätte über eine Änderung der Hymne immer eine Volksabstimmung verlangt werden können. Doch einer Mehrheit der Nationalräte ist unsere Nationalhymne offensichtlich egal.

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 3. Besuch im Bundeshaus**
 4. Aktualitäten



Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

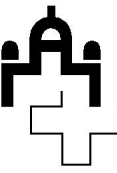
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Sommersession: 3. – 21. Juni 2019** (2. Woche: Dienstag bis Freitag; 10. Juni = Pfingstmontag)
- **Herbstsession: 9. – 27. September 2019**
- **Wintersession: 2. - 20. Dezember 2019**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
 - Anmeldung im Internet unter www.parlament.ch:
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
 - Für Rückfragen E-Mail an sessionsbesuche@parl.admin.ch oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder Gruppe bis max. 4 Personen:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 - 4. Aktualitäten**

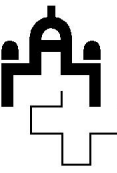


Abstimmungen vom 19. Mai 2019

- Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)
- Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Parolenfassung
anlässlich der DV
vom 30. März 2019

NEIN



Haben Sie Fragen?